

Laibacher Zeitung.



Nr. 26.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 12, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 1. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1873.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Februar 1873:

Im Comptoir offen	— fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Mit Post unter Schleifen	1 " 25 "

Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni:

Im Comptoir offen	4 fl. 60 kr.
Im Comptoir unter Couvert	5 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	5 " — "
Mit Post unter Schleifen	6 " 25 "

Amthlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Majestät die verewitwete Kaiserin Amalia Augusta, Herzogin von Braganza, die Hoftrauer von Donnerstag, den 30. Jänner, angefangen, gleichzeitig mit der für Ihre kais. Hoheit Helene Paulowna, Großfürstin von Rußland, bestehenden, durch vierzehn Tage mit einer Abwechslung, nämlich die ersten acht Tage bis einschließig 6. Februar die tiefe, die letzten sechs Tage, d. i. vom 7. bis einschließig 12. Februar, die mindere Trauer getragen werden.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst die Beförderung des bei der Superarbitrierung als derzeit dienstuntauglich klassificierten Obersten Sigmund Pollatschek v. Nordwall, Generalstabs-offizier und übercomplet im Infanterieregiment Hartung Nr. 47, auf die Dauer eines Jahres in das Verhältnis der Beurlaubten (Allerh. Entschl. vom 26. Jänner 1873) zu bewilligen.

Der Finanzminister hat den Kassier der Landes-hauptkassa in Laibach Anton Egger zum Controlor derselben Kasse ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Weltpriester Anton Suhač zum wirklichen Religions-lehrer an der Staatsrealschule zu Marburg ernannt.

Gestern ist in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet worden:

Landesgesetzblatt für das Herzogthum Krain. Jahrgang 1873. I. Stück.

Inhalts-Übersicht:

Nr. 1.

Rundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 10. Dezember 1872, Z. 8609, womit die Circularverordnung des k. k. Ministeriums für Landes-vertheidigung vom 30. November 1872, Nr. 12457 IV., betreffend die Durchführung der im § 10 des Gesetzes vom 1. Juli 1872, Nr. 60, bestimmten Zuweisung von Landwehr-Bezirks-selbstwehren zum Zwecke der Evidenzhaltung an die k. k. Bezirks-hauptmannschaften und einzelne Städte- und Gemeindegemeinschaften veröffentlicht wird.

Nr. 2.

Rundmachung des k. k. Landespräsidenten in Krain vom 16. Dezember 1872, Z. 8718, mit welcher bekannt gemacht wird, daß nach dem zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, mit Einschluß von Luxemburg, abgeschlossenen Postvertrage vom 1. Jänner 1873 an nur die Correspondenz der Mitglieder der Regentenfamilien in den Gebieten der vertragsschließenden Theile unter einander, ferner die Correspondenz in Postdienst- und Telegraphendienst-Angelegenheiten portofrei behandelt werden wird.

Nr. 3.

Rundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 26. Dezember 1872, Z. 8947, betreffend die Zu- oder Abfertigung der Entschädigung für das wegen der Ainderpest gekulde Hornvieh.

Nr. 4.

Rundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 24. November 1872, Z. 8034, betreffend die Feststellung einer Prüfungstage für die nach § 129 der Instruction zum Wehrgeese als Mitglieder der Prüfungs-commission für Aspiranten des einjährigen Freiwilligen-Dienstes zu berufenden zwei Professoren von Gymnasien oder Realschulen. Laibach, am 1. Februar 1873.

Vom k. k. Redactions-Bureau des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlreformfrage

folll nach Meldung einiger wiener Blätter demnächst in ihrer modificierten Gestaltung in einem Minister-rathe, dem Se. Majestät der Kaiser präsidieren wird, zur Behandlung kommen. Die „Presse“ bemerkt: „Bei dem außerordentlichen Umfange der Entwürfe ist ein längerer Studium derselben notwendig und aus diesem Grunde die große Frist hinreichend erklärt, die der Kaiser behufs Prüfung des Elaborats sich vorbehält. Das Ministerium beabsichtigt, sobald es die Allerhöchste Ermächtigung zur Einbringung der Vorlage im Abgeordneten-hause erhält, unmittelbar deren Drucklegung zu veran-laffen, damit die Abgeordneten sofort, nachdem die par-lamentarische Behandlung eingeleitet ist, die Entwürfe ihrer ganzen Ausdehnung und dem vollen Inhalte nach kennen lernen.“

Der „Pester U.“ läßt sich über den erfreulichen Stand der Wahlreformvorlage vernehmen, wie folgt: „Es scheint, daß das Ministerium in allen wesentlichen Punkten die volle Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Verfassungspartei erzielt hat, und daß somit an der Annahme des Entwurfes nicht zu zweifeln ist. Offenbar ist es der Regierung gelungen, nach allen Rich-tungen klare Situationen zu schaffen. Nach oben hin beibehält die Einbringung der Gesetzentwürfe ihre Har-monie mit der Krone, nach unten hat sie durch Vorbe-sprechungen mit der Partei das Terrain für ihre Zwecke vorbereitet und geebnet.“

Es ist das denkbar günstigste Verhältnis für die Schöpfung des großen Werkes, dem wir gegenüber stehen. Die Schwierigkeiten der Wahlreform waren von vorn-her klar. Zahlreiche Gegenstände und Interessenconflite bestanden sich gleich an ihre ersten Ansätze. Obwohl erkennbar in ihren Zielpunkten, waren die Mittel zu ihrer Durchführung nichtsweniger als festgestellt. Die Fragen der Zweckmäßigkeit sonderten sich von den Fra-gen des Prinzips. Die politische Taktik erschien nicht weniger wichtig, als das Festhalten unverrückter Grund-sätze. Man hatte sozusagen ein politisches Uebergangs-stadium vor sich. Und nie pflegen alle Gegensätze kräf-tiger hervorzutreten, als in jenem Zeitpunkte, in welchem ein System, im Prinzip fallen gelassen, in Wirklichkeit dem neuen Systeme noch nicht Platz gemacht hat. Allen populären Wünschen, Ansprüchen, Forderungen und Wi-dersprüchen wird damit wie von selbst ein freies Gebiet erschlossen.

Man wird zuzustehen müssen, daß das Ministerium sich mit Takt und Sicherheit dieser Schwierigkeiten ent-ledigt hat.

In der That enthält das Prinzip der directen Wahl das Correctiv für alle Mängel, welche der Verfassung, absolut angesehen, noch anhaften werden. Es wird dem Parlamente erst seinen eigentlichen Charakter ausprägen, um ein Spiegel zu sein des wahren Volkswil-lens. Es wird neue und kräftige Elemente dem ge-wählten Hause zuführen. Es wird allerdings in jedem Sinne als die Verleppung des Staatsgedankens er-scheinen. Die Einzelheiten des ministeriellen Entwurfes sind noch unbekannt und nur schwankende, zum Theil selbst dementierte Angaben über dieselben in die Öffent-lichkeit gedrungen. Allein schon die der Beurtheilung durch die Presse preisgegebenen Grundzüge zur Wahl-reform haben dargethan, daß das Prinzip der Gerech-tigkeit anrecht erhalten, daß nicht eine künstliche Fäl-schung der Thatfachen versucht worden ist. Die Gefahr der Gönnerschaften pflegt so günstigen gouvernementalen Gelegenheiten nicht ferne zu stehen, und es mag etwas wie eine Versuchung darin liegen, den Verteilungs-modus nicht nach objectivem Maßstabe, sondern vom Standpunkte der Belobung oder Bestrafung für das concrete Verhältnis zur Regierung vorzunehmen. Es ist zu erwarten, daß das Ministerium solchen Versuchungen zu widerstehen mußte. Die Echtheit, mit welcher es den conservativen Charakter der Wahlreform angeländigt, die Offenheit, mit der es die Verfassungspartei aufzufordert, nur den politischen Charakter derselben ins Auge zu fassen und alle über diesen Charakter hinausgreifenden Anforderungen zu vertagen, haben zur Genüge bewiesen, daß es seine Erfolge nicht auf Schleimwegen erzielen will. Darin liegt nicht nur politischer Muth, sondern auch politische Klugheit.

Wir wollen mit diesen Bemerkungen selbstverständ-lich nicht einer eigentlichen Kritik des Gesetzesvorschlages vorgehen, der hoffentlich bald das Licht der Öffent-

lichkeit erblicken wird. Heute kam es nur darauf an, die allgemeinen Momente der Situation zu schildern. Diese macht, wie gesagt, einen durchaus erfreulichen Eindruck. Vor allem darf wohl Werth darauf gelegt werden, daß alle Ausstreuungen über die Stellung, welche die Krone angeblich zur Reformfrage eingenom-men haben sollte, zur absoluten Richtigkeit zusammen-gezwungen sind. Noch durchgreifender war dies mit den directen Versuchen der Fall, eine Entscheidung der Krone gegen das Ministerium herbeizuführen. Oester-reich ist ein monarchischer Staat, und nicht die Verfas-sung allein, sondern vor allem die lebendige Gesinnung der Bevölkerung, ein ererbtes Gefühl der Unterthanentreue verbürgt die Thatfache, daß dem Willen des Monarchen sein Recht und seine Ehre werde im Staate. Um so wich-tiger, um so entscheidender ist die Harmonie der Krone mit der Regierung. Vieles läßt sich im formellen Rechte schaffen, was das Gewissen nicht voll zu verpflichten, das materielle Rechtsbewußtsein nicht zu durchbringen vermag. Eine wirklich gefestete Rechtsordnung wird nur dann entstehen können, wenn sie auch diesen inneren Forderungen der Rechtsbildung entspricht. In dieser Beziehung, glauben wir, ist das Ministerium auf dem rechten Wege. Sein so lebhaft betonter conservativer Charakter mag es nach mancher Richtung hin zögernd und halbentschlossen erscheinen lassen, in der Hauptsache bewahrt er es vor den Gefahren liberalisierender Ab-stractionen und politischer Selbsttäuschungen. Er ge-niattet ihm weit eigentlicher im Volke zu stehen und den unmittelbaren Bedürfnissen desselben gerecht zu werden, als es einer Regierung möglich wäre, die sich durch ihre Prinzipien und in denselben isolierte und ihre Stütze ausschließlich in einer bestimmten Partei zu fin-den suchte. Der Zusammenhang mit der Partei, die enge Uebereinstimmung mit derselben ist selbstverständ-lich notwendig und geboten. Aber eine Parteidregierung im technischen Sinne des Wortes, eine Regierung, die nicht alle Elemente des öffentlichen Lebens für Förde-rung ihrer Zwecke heranziehen, nicht alle Kräfte zusam-menzufassen versucht, darf kaum mehr hoffen, auf die Dauer die politische Herrschaft in Oesterreich behaupten zu können.“

Reichsrath.

23. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 29. Jänner.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht Minister-präsident Fürst Auerberg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Kasser, Dr. Glaser, Dr. Vanhans, Freiherr de Pretis, Dr. Unger, R. v. Chlumetzky.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung über den Gesetzentwurf, betreffend die Praxis der Wundärzte. Berichterstatter Ritter v. Arneth verliest den Bericht der Commission, deren Antrag dahin geht, den Gesetzentwurf nach der Fassung des Abgeord-netenhauses anzunehmen. Diesem Antrage wird ohne jede Debatte die Zustimmung ertheilt und der Geset-entwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf folgte die zweite Lesung des dritten Jahres-berichtes der Staatsschulden-Controlcom-mission (Berichterstatter Ritter v. Pipitz). Die Anträge gehen dahin:

1. Es wird dem Beschlusse des h. Abgeordneten-hauses beigestimmt, daß die Herausgabe von einheitlichen, in Staatsnoten verzinlichen Staatsschuldverschreibungen für Kapitalrückzahlungen von den zur nicht gemeinsa-men schwebenden Schuld gehörigen Cautionen und De-positen nicht beanstandet werde.

2. Die hohe Regierung wird aufgefordert, in Er-wägung zu ziehen, ob nicht in Fülle ein unabänder-licher letzter Termin zur Unificierung der Staatsschuld-verschreibungen mit der Bestimmung festgesetzt werden solle, daß alle innerhalb dieses Termins zur Unificie-rung nicht beigebrachten Staatsschuldverschreibungen als erloschen angesehen werden.

3. Es wird der Inhalt des von der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes unterm 18. März 1872 erhobten Jahresberichtes unter Anerkennung der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und aufopfernden Hin-gebung dieser Controlcommission zu befriedigenden Kennt-nis genommen.

Nachdem Ritter v. Winterstein die Gründe ausgeführt, die ihn bestimmen, gegen die Commissions-anträge zu stimmen, werden dieselben angenommen.

Hierauf folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes, wirksam für Niederösterreich und Ober- und Nieder-Schlesien, betreffend die Erwerbung von durch Wasserregulirungsbauten gewonnenem Grund und Boden (Berichterstatteur Freih. v. Ritz), und wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung ohne jede Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten juristisch-politischen Commission betreffend den Gesetzentwurf über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Ritter von Hasner beantragt die Zurückweisung des vorliegenden Gesetzentwurfes an die Commission behufs Revision und Umarbeitung. Se. Exc. Justizminister Dr. Glaser betritt mit dem ganzen Aufwande seines reichen Wissens und seiner Erfahrung und mit dem entschiedensten glänzendsten Erfolge die Regierungsvorlage und den Standpunkt der Majorität des Abgeordnetenhauses. Berichterstatter Dr. Neumann betonte mit Recht die in der österreichischen Bevölkerung merklich hervortretende Abneigung, in Genossenschaftsverbände mit unbeschränkter Solidarität einzutreten. Das Gesetz ist gerade für die Volksmassen bestimmt. Es wäre eine Art von Todtgeburt, wenn es sich zu evidenten Neigungen derselben von vornherein in Widerspruch setzen würde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ritter v. Hasner abgelehnt und hierauf der Gesetzentwurf in der Fassung der Commission des Herrenhauses in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schluß der Sitzung um 2 $\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Zur Reform der Universitätsbehörden.

Die verfassungstreue Presse begrüßt die im österreichischen Herrenhause erfolgte Annahme des Gesetzes betreffend die Organisation der Universitätsbehörden mit wahrer Befriedigung und Genugthuung, indem dieselbe eben so sehr die unanfechtbare, durch die Debatten in ein unzweifelhaftes Licht gestellte Rechtsgrundlage der Universitätsreform hervorhebt, als der Verdienste der Regierungsvertreter und des Hauses um das Zustandekommen des Gesetzes anerkennend gedenkt. Was zunächst die allgemeine politische Stellung dieses letztern zur Frage der Universitätsreform betrifft, schreibt das „Freundenblatt“: „Es ist nicht Uebertreibung, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß nicht Einer der constitutionellen Staaten eine Pairskammer besitzt, die sich mit unserem Herrenhause vergleichen ließe. Unser Herrenhaus birgt eine reiche Fülle von Geist und Wissen, von Talent und Erfahrung, und die Gelegenheiten zur entsprechenden Verwerthung dieser Schätze werden nicht verabsäumt. Eben jetzt hat die Frage der Universitätsreform unsere „Herren“ in glänzendstem Lichte gezeigt. Die Argumente, welche für diese Reform ins Feuer geführt wurden, gleichen keinem brillanten Feuerwerk, wohl aber bekundeten sie die volle Beherrschung des Stoffes und den weiten Blick des Staatsmannes. Auf dem Boden der Wissenschaft und des Staats- und Kirchenrechtes bewegten sich die Kämpfer, und wenn sie trotzdem sich erwärmten, so geschah es, weil die Discussion mit ihrem Fortschreiten die patriotische Saite, das österreichische Bewußtsein, berührt hatte. Denn von den vielen seltenen Vorzügen unseres Herrenhauses ist es gewiß nicht der geringste, daß hier der Reichsgedanke eine unbestrittene Stätte besitzt. Unsere „Herren“ gehören nach ihren politischen Ueberzeugungen den verschiedensten Richtungen an; allein wenn es sich um den ungetrübten Glanz der Kaiserkrone handelt, dann schwinden alle Unterschiede und die verfassungstreuen Pairs fühlen sich nur als Oesterreicher. Dieser Geist

sprach aus den Rednern Lichtenfels, Hasner, Rokitsansky, Höfler, Miklosich und vermehrte den Ruhmeskranz unseres Herrenhauses um ein neues Lorbeerblatt.“

Speciell über die Frage der Rechtsgrundlagen der Universitätsreform schreibt die „Neue Freie Presse“: „Die klare und scharfe juristische Darlegung des öffentlich-rechtlichen Charakters der Universität und des daraus resultierenden Rechtes des Staates, dieselbe ohne Rechtsverletzung umzugestalten, welche Se. Exc. der Herr Minister Dr. Unger bot, hat wohl alle Zweifel über die rechtlichen Grundlagen der Universitätsreform gründlich zerstreut. Die Wärme, mit welcher der Minister, aus dessen Rede die Liebe zum Lehramte, seinem ehemaligen Berufe, an manchen Stellen ergreifend durchklang, für die Reinheit und Unverletzlichkeit des wissenschaftlichen Charakters der Hochschulen eintrat, riß das Haus zu lebhaftem Beifalle mit.“

Die „Presse“ schreibt über die Ausführungen des Herrn Ministers: „Zutreffender als durch die Ausführungen des Ministers Dr. Unger konnten die Bedenken über die vorgebliche Rechtsverletzung der Doctoren-collegien nicht widerlegt und die Nothwendigkeit der Trennung der letzteren von der Universität nicht überzeugender erwiesen werden als durch die Schlussbemerkungen über die Gefährdung des Zweckes der Universitäten durch die Beimischung fremdartiger, das politische und nationale Leben an die Hochschule verpflanzender Elemente.“

Die „Deutsche Ztg.“ schreibt: „Der Unterrichtsminister, welcher am Schlusse der Debatte das Wort ergriff, präcisierte kurz und bündig den Standpunkt der Regierung; dieselbe betrachtet die Universitäten als Staatsanstalten, welche berufen sind, in einer bestimmten gegliederten Form die Wissenschaft zu pflegen und zu entwickeln; aus dieser Anschauung zog Dr. v. Stremaier die für den vorliegenden Gesetzentwurf sich ergebenden Konsequenzen. Die Abstimmung im Hause konnte, nachdem es die Redner aus seiner Mitte und die Regierungsvertreter gehört, nicht mehr zweifelhaft sein.“

Zur Justizreform in Deutschland.

Der Justizminister Herr v. Mittnacht gab am 24. d. in der württembergischen Abgeordneten-Kammer infolge einer an ihn gerichteten Interpellation betreffend die Resultate der berliner Conferenz über die Reform des Justizwesens in ganz Deutschland ausführliche Darlegung, welche wir hiernachfolgend reproducieren:

„Die Schaffung eines gemeinsam deutschen Civilrechts durch die Organe der Reichsgewalt, von welchen allein es geschaffen werden kann, halte ich für ein zu erstrebendes Gut, daneben für etwas, dem man sich nicht entziehen kann, nachdem die Verfassung bereits so weit gegangen ist, als geschehen, nachdem sie die Herstellung der Rechtseinheit im Strafrecht, im gerichtlichen Verfahren, im Handels- und Wechselrecht und im Obligationenrecht der Reichsgesetzgebung zugewiesen hat.“

Ein gemeines deutsches Privatrecht verstehe ich aber nicht so, daß der Gesetzgeber durch sein Machtgebot überall Uniformität herzustellen hätte. Es gibt im Privatrecht Gebiete, z. B. auf dem Boden des bürgerlichen Rechts, des Familien- und Erbrechts, in welchen eigenartige Rechtsbildungen Anspruch auf Anerkennung haben, wo deshalb die Reichsgesetzgebung sich begnügen müßte, nur dispositive Bestimmungen zu treffen, welche bestehenden und begründeten particulären Rechtsbildungen Raum lassen.“

Sodan halte ich für das zu erstrebende Ziel ein bürgerliches Gesetzbuch, nicht die bloße Einreißung einer

Competenzschränke, nicht eine unbestimmte Zahl von Specialgesetzen, eingegeben vom augenblicklichen wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnis, beeinflusst vielleicht von jeweiligen politischen Ansichten und Zeitströmungen. Wären wir für die Inangriffnahme einer Codification des Privatrechts noch nicht reif, so würden wir, glaube ich, von einer erweiterten Competenz auch keinen richtigen Gebrauch machen. Ist das Civilrecht ein großer Organismus, ein Ganzes, nicht nach Schulbegriffen in einzelnen bestimmten Abschnitten auseinanderzuhalten — und das ist ja die Hauptbegründung des Gesetzentwurfes — so suche man auch ein Ganzes zu geben und eröffne nicht für die Einzelstaaten die Perspektive Jahre lang empfindlicher Störung des Zusammenhanges ihrer Gesetzgebung, der Nothwendigkeit, einmal dies, das andere ein anderes Special-Reichsgesetz in ihr Rechtssystem einzupassen, eine Perspektive möglicher Rechtsunsicherheiten und Rechtsverwirrung.“

Ob man nun eine Aenderung der Reichsverfassung früher oder später vornehmen will, ist von meinem Standpunkte aus ein vergleichungsweise untergeordneter Punkt. Nur das glaube ich: Soll die Verfassung geändert werden, soll, wie die Reichsverfassung von 1849 sagte, der Reichsgewalt obliegen, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu gründen, dann müssen, glaube ich, zunächst die Bedingungen die Initiative ergreifen, dann müssen sie die Sache wirklich anfassen und in die Hand nehmen, einen Plan aufstellen, wie die Codification anzugreifen, auszuführen und wie weit sie auszudehnen, und diesen Plan sofort zu verwirklichen beginnen. Hierzu mitzuarbeiten ich jederzeit bereit und würde in diesem Sinne einer Aenderung der Verfassung nach meiner persönlichen Ansicht zustimmen können.“

Ich komme auf die Ministerconferenz vom vorigen Monat, die aus den Erörterungen aus Anlaß des Kaiserlichen Antrages ihre Entstehung genommen hat.

Bei dieser Conferenz wurde von keiner Regierung ein Organisationsentwurf vorgelegt. Es wird daraus hervorgehoben, daß es sich um eigentliche Beschlüsse noch nicht handeln konnte.

Der damalige Stand der Reichs-Justizgesetzgebungsarbeiten ist folgender:

Der von einer besonderen Reichs-Sachverständigen-Commission festgestellte Entwurf einer deutschen Strafprozeß-Ordnung wurde dem Bundesrath am 21. Sept. 1872 vorgelegt, und der Justizausschuß hat sofort einen Referenten bestellt. Der im preussischen Justizministerium ausgearbeitete Entwurf einer deutschen Strafprozeß-Ordnung ist dem Bundesrath noch nicht vorgelegt. Sobald es geschehen, wird der Bundesrath zweifelsohne zunächst gleichfalls eine Sachverständigencommission mit der Beratung beauftragen. Was bezüglich der Gerichtsorganisation im Gange, habe ich bereits mitgetheilt. Auch Concursordnung, deren mit der Civilprozeß-Ordnung gleichzeitige Einführung sehr zu wünschen ist, scheint in der Vollendung im preussischen Justizministerium nahe zu sein und dem Bundesrath demnächst übergeben zu können. Wir in den Einzelstaaten, die wir durch die Ausstehen der Reichs-Justizgesetzgebung mehrfach betroffen sind, werden zur Beschleunigung das Unfrige beitragen, nur wird man vom Bundesrath nicht erwarten dürfen, daß er, auf selbständige Erwägung auch der wichtigsten Fragen verzichtend, seine Thätigkeit mit einer engherzigen Annahme beginnen und schließen würde.

(Schluß folgt.)

feuilleton.

Blut um Blut

oder:

Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Mülhener.

(Fortsetzung.)

Die Züge des Königs verfinsterten sich, und einen Schritt zurücktretend, blickte er schweigend die beiden Frauen an. Es war ein Moment unschreiblicher Angst für die Marquise und ihre Tochter, ein Moment, von welchem sie fühlten, daß das Leben Henrys davon abhing.

„Gnade, Sire!“ hauchte Gabriele.

Ohne Zweifel mußte den König dieser Ton tiefinnersten Schmerzes bewegen, denn er trat jetzt den beiden Knieenden näher und beugte sich huldvoll zu ihnen hinab.

„Erheben Sie sich doch, Frau Marquise, erheben Sie sich, mein Fräulein! Zu unseren Füßen ist nicht der Platz für die Frau und Tochter eines unserer tapfersten Generale.“

„Aber es ist der Platz für diejenigen, welche die Gnade und Milde Eurer Majestät anflehen,“ versetzte Frau de Castries.

Ludwig XV. ergriff die Hand der Marquise und nöthigte sie aufzustehen; daselbe that er mit Gabrielen, auf deren blaffen, sanften Zügen er einen Blick voll Wohlwollen und Theilnahme ruhen ließ.

„Ich kenne die Ursache Ihres Schmerzes,“ sagte er nach einer kleinen Pause. „Gern möchte ich Ihre Thränen trocknen, aber ich kann, ich darf es nicht. Herr de Courmel hat sich schwer vergangen; er, mehr als jeder andere, hätte einen Conflict vermeiden sollen. Statt dessen war er es, der das Duell auf eine brutale Weise provocierte.“

„Ach, Ew. Majestät sind falsch berichtet!“ rief Gabriele. „Henry wurde in seiner Ehre schwer verletzt. Sire, Sie selbst müßten jeden Edelmann, der eine solche Beschimpfung ruhig hinnehmen würde, statt sie mit seinem Blute abzuwaschen, für unwürdig erklären, je wieder vor dem Alltägigen Ew. Majestät zu erscheinen. Ich selbst, als seine Braut, würde den Grafen verachten, wenn er den schändlichen Angriffen seines Feindes nicht in der Weise begegnet wäre, wie er es that.“

„Man sieht, daß das tapfere Blut der de Castries in Ihren Adern fließt,“ sagte der König, indem er Gabriele mit großem Wohlgefallen betrachtete.

„Verzeihen Sie, Sire, ihre zu freimüthige Rede um der Wahrheit willen, die sie gesprochen,“ bat Frau de Castries; „denn es ist so. Mein Nefse zog seinen Degen nur, nachdem er auf das abscheulichste beleidigt worden war.“

„Diese Beleidigung, von der sie sprechen, Madame,

ist nicht erwiesen,“ erwiderte der König. „Ich bedauere dies von ganzem Herzen, denn es ist mir dadurch die einzige Möglichkeit benommen, den Grafen zu retten. Der König hat seine Pflichten, Madame, so gut wie jeder andere. Zu meinen Pflichten gehört es, die ewigen Blutvergießen, diesen fortgesetzten Duellen, Ende zu machen. Ja, Madame, es muß aufhören; für zu sorgen bin ich dem Lande, bin ich den Familien schuldig, die um ihre Söhne trauern, welche Streite zwischen Piemont und Auvergne zum Vorschein fielen. Um aber ein Ende zu machen, muß ein Beispiel statuiert werden, und daß dies gerade an de Courmel geschehen muß, thut mir leid, Madame, aber kann es nicht ändern.“

Der König war, während er diese harten Worte sprach, im Zimmer auf- und abgegangen und hatte die Blicke der Marquise und ihrer Tochter zu vermuthet, um durch ihre Thränen nicht entwandelt zu werden.

Allein es bedurfte des Anblicks der beiden glücklichen nicht, um sein Herz zu rühren; es grüßte das leise Schluchzen, welches sie ohne Erfolg zu unterdrücken suchten, um seine Strenge bedeutend zu mildern. Wie mit sich selbst sprechend, fuhr er fort:

„Ich bedauere den Grafen von ganzem Herzen, er ist ein braver Offizier, ein nobles Herz, ein junger Mann, den ich liebe und achte, — allein ich kann nicht anders,“ fügte er, seinen Ton plötzlich wieder ernster hinzu, „als wolle er mit Gewalt alle milderen Em-

Politische Uebersicht.

Laibach, 31. Jänner.

Das ungarische Budget für 1874 soll noch vor Schluß der gegenwärtigen Session mit Offenhaltung der Posten für die gemeinsamen Ausgaben eingebracht werden. Das 1873er Budget wurde dabei als Normal-Budget zur Grundlage genommen. — Wie die „Wiener Correspondenz“ hört, wurde in wiener Finanzkreisen von ungarischer Seite auf vertrautem Wege die Frage gestellt, ob man geneigt wäre, den bei der jüngsten Subscription in London nicht gezeichneten Theil des neuesten ungarischen Anlehens zu übernehmen. Die Antwort auf diese Frage soll keine ablehnende sein.

Zwischen Preußen und Oesterreich finden, der „Bösischen Zeitung“ zufolge, Unterhandlungen wegen Austausch wichtiger Archivarier statt, welche dem Abschlusse nahe sind. — Die national-liberale Partei wird einstimmig der Verfassungs-Änderung zustimmen. Die Fortschrittspartei wünscht den Ausdruck „Kirche“ zu streichen und den Ausdruck „Religions-Gesellschaft“ zu belassen. Die äußerste Rechte und die clericalen Polen werden gegen die Verfassungs-Änderung stimmen. — Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ stellt in Abrede, daß die achtjährige Hoftrauer für Napoleon III. irgendwelche politische Tragweite habe; sie entspreche dem Verkommen an den Höfen, das für solche Fälle bestimmte Anhaltspunkte und Vorschriften enthält; gerade eine Abweichung von den Traditionen würde eine Bedeutung erlangen, die ihrer einfachen Befolgung nicht innewohnt.

Der „Provinzial-Correspondenz“ zufolge werden die jüngsten Erklärungen des Fürsten Bismarck im Abgeordnetenhaus den Ausgangspunkt neuer Erwägungen und Gestaltungen innerhalb der Reichsverwaltung bilden; insofern werde der Wechsel des preussischen Ministerpräsidenten voraussichtlich eine bedeutende Nachwirkung auf die Entwicklung der Reichsangelegenheiten haben. Von der liberalen Presse Englands werden die Erklärungen Bismarcks sehr beifällig aufgenommen. Der „Daily Telegraph“ hält das Bismarcksche Regierungsprinzip allerdings nicht für im Einklange mit modernen Ideen von parlamentarischer Herrschaft. „Theoretisch“, bemerkt er, „sei das System unhaltbar, aber praktisch habe es Deutschland unter der Hegemonie Preußens geschaffen, und die Verhältnisse Deutschlands seien noch immer so ausnahmsweise Natur, daß die Nation wohl zufrieden sei, für geraume Zeit auf die volle Ausübung ihrer constitutionellen Privilegien zu verzichten. Es ist wahrscheinlich, daß des Kanzlers Behauptungen der Treue dazu dienen müßten, wiederholt das Gerücht zu beleben, daß er vorbereitet ist, ein autokratisches Regime herzustellen. Aber wir zweifeln, ob ein solches Gerücht viel Gehör in Deutschland finden wird. Die praktische Vernunft des deutschen Volkes hat es schon lange gelehrt, daß der Staatsmann, der aus Deutschland eine Nation machte, der es von ausländischer Einmischung befreite und es von der clericalen Tyrannei erlöste, am Ende für die Sache freier Institution und der Volkssouveränität kämpft.“ Der handelspolitischen Verhandlung zwischen Belgien und Frankreich wird der soeben zwischen Frankreich und England vereinbarte Tarif zugrunde gelegt. Nur für den Grenzverkehr werden einige specielle Stipulationen vereinbart. — Der französische Minister des Aeußern, Rémusat, machte dem Handelsminister den Vorschlag, eine aus Delegierten der Vertragsmächte vom Jahre 1860 zusammengesetzte internationale Commission zu bilden, um künftige Verhandlungen wegen Handelsvertragsabschlüssen zu erleichtern. — Minister Rémusat und der englische Botschafter Lord Lyons haben das Protokoll wegen Tarifregelung des Handelsvertrages unterzeichnet. Das Pro-

tokoll wird der Nationalversammlung vorgelegt und dann von Thiers ratifiziert werden.

Der Papst empfing den Baron Hübnert und den Bischof Strohmayer. Der „Osservatore Romano“ demontiert die Nachricht, daß der Vatican den italienischen Bischöfen gestattet habe, bei der Regierung um das Exequatur einzuschreiten.

Wiener Weltausstellung 1873.

Die Generaldirection der Weltausstellung macht darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen der Termin abläuft für die Anmeldung von gesonderten Stallbauten, d. h. für solche Bauten, welche einzelne Thierzüchter, namentlich Pferdezüchter, für die Producte ihrer Zucht im Ausstellungsraum auf ihre Kosten zu errichten wünschen. — Der Schlußtermin für die Anmeldung aller Gattungen von Thieren läuft mit 28. Februar ab, mit Ausnahme von Mutterstuten, für welche der 30. April als Schlußtermin der Anmeldungen gilt. — Das königl. preussische Ministerium für Landwirtschaft bereitet für die Weltausstellung die Exposition einer Sammlung von Erzeugnissen der preussischen Expeditionen zur Erforschung der Ost- und Nordsee vor. Die Sammlung wird eine übersichtliche, vollständige sein und überhaupt alle Arbeiten der wissenschaftlichen Commission in Kiel, wie die Darstellung ihrer Hilfsmittel umfassen. — Eine Voraussstellung dieser Sammlung wird in Berlin im März und April d. J. von Seite des deutschen Fischereivereins veranstaltet und mit derselben eine Ausstellung von Geräthschaften und Producten der See- und Binnenfischerei, und zwar ohne Rücksicht auf den Gebrauchs- und Ursprungsort verbunden werden. Ein ausführliches Programm dieser Ausstellung ist soeben von dem deutschen Fischereiverein in Berlin versendet worden. — Die „Times“ widmet seit kurzem fast täglich der Ausstellung größere und kleinere Mittheilungen zur Orientierung der englischen Aussteller. Einer ihrer letzten Nummern entnehmen wir die Notiz, daß der Druck und Verlag des von der englischen Commission herausgegebenen officiellen Specialcataloges für die englische Abtheilung der Firma J. M. Johnson and Sons übertragen worden ist.

Tagesneuigkeiten.

Zweites Bulletin.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben nach einem ruhigen Abend den größten Theil der Nacht schlafend zugebracht und fühlen sich heute morgens etwas erleichtert.

Hofrath
Dr. Guntner m. p.

Regierungsrath
Dr. Aberle m. p.,
Leibarzt.

— (Zur Weltausstellung.) Fürst Nikolaus von Montenegro trifft Vorbereitungen, um die Wiener Weltausstellung zu besuchen. — In Versailles ist das Gerücht verbreitet, Präsident Thiers werde im Mai oder Juni zum Besuche der Weltausstellung in Wien eintreffen. Der Präsident soll auf dieser Reise eine Begegnung mit Bismarck haben, um die letzten Bedingungen betreffs der Räumung des occupierten Gebietes zu vereinbaren.

— (Zur k. k. Sicherheitswache in Wien) wird eine größere Anzahl von Wachmännern aufgenommen. Jahresbesoldung beziehen die Sicherheitswachmänner höherer Gebühr mit Einrechnung des Ruhegeldzuschusses 525 fl., jene minderer Gebühr mit Einrechnung des Ruhegeldzuschusses 450 fl. Während der Weltausstellung außerdem eine entsprechende Dienstzulage. Der dritte Theil der Sicherheitswachmänner kann verheiratet sein und bezieht ein Quartiergeid von 100 fl. jährlich. Die Wachmänner erhalten auch Amtseidung und Rüstung, für besondere Dienstleistungen Nebengebühren und beziehen ohne Einrechnung einer alljährlichen früheren Verwendung im Staatsdienste noch einer in der Wache zurückgelegten Dienstzeit: von 10 Jahren jährlich 40 fl., von 15 Jahren jährlich 55 fl., von 20 Jahren jährlich 70 fl., von 25 Jahren jährlich 85 fl., von 30 Jahren jährlich 100 fl., von 35 Jahren jährlich 115 fl., von 40 Jahren jährlich 130 fl. Bezüglich der Pensionierung der Mitglieder der Wache gelten die für Staatsbedienstete überhaupt bestehenden Vorschriften. Zur Ausnahme wird erfordert: 1. Die österreichische Staatsbürgerschaft, 2. vollkommene Gesundheit, ein rüstiger Körperbau, ein entsprechendes Aeußeres und ein gewandtes Benehmen, 3. ein in jeder Richtung unbescholtenes Vorleben, 4. vollkommenes Kennntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift, sowie die Fähigkeit, schriftliche Meldungen und Rapporte zu verfassen. Die Aufnahme erfolgt auf eine sechsmonatliche Probezeit, während welcher jeder provisorische Wachmann ein Loggeld von Einem Gulden fünf- und zwanzig Kreuzer bezieht.

— (Eine vierfache Hochzeitfeier) fand in Böhmischem Brunn statt. Der dortige Apotheker Firbas hielt nämlich seine silberne Hochzeit; zu gleicher Zeit vermählten sich zwei seiner Töchter und sein Sohn.

— (Zur Bevölkerungsstatistik.) London zählt 3 800.000, Paris 1.850.000, Konstantinopel 1.075.000, Wien mit den Vorstädten 900 000, Berlin 830.000, St. Petersburg 670.000, Liverpool 520 000, Manchester mit Salford 500 000, Glasgow 470 000, Neapel 440 000, Moskau 400 000, Birmingham 370.000, Lyon 324.000, Dublin 320.000, Madrid 318.000, Brüssel mit Vorstädten 318.000, Marseille 312.000, Pest-Ofen 280.000,

Amsterdam 280.000, Leeds 260.000, Lissabon 260.000, Barfkhan 250.000, Hamburg 236.000, Rom 226.000, Turin 210.000 Einwohner.

Locales.

Aus der Reichsgerichtsung.

Wien, 29. Jänner.

Erster Verhandlungsgegenstand ist ein Anspruch des Landesauschusses von Triest an den Landesfonds von Krain auf Zahlung von Wöchnerinnen- und Findlingsverpflegungskosten im Gesamtbetrage von 337.211 fl. 72 kr. Diese Kosten beziehen sich nach der Darstellung des Referenten Freih. v. Hye auf den Zeitraum vom 1. November 1853 bis Ende 1864 für Wöchnerinnenverpflegung mit 49.377 fl. 38 kr. und für Verpflegung von Findlingen bis Ende Juni 1868 mit 287.834 fl. 34 kr. Triest erhebt diesen Anspruch mit Berufung auf den Umstand, daß bis 1853 der Ersatz solcher Kosten aus dem Staatschatze erfolgte und daß von da ab bis zur gesetzlichen Regelung dieser Frage in den Jahren 1864 und 1868 der frühere Rechtsanspruch nicht alteriert und nur dahin modificiert worden sei, daß anstatt des Staates die betreffenden Zuständigkeitsländer zur Ersatzleistung heranzuziehen sind. Krain negiert jede Zahlungsverpflichtung aus dem genannten Zeitraume, indem es sich sowohl auf gesetzliche Bestimmungen beruft, wie auch die vorgelegten Rechnungen als nicht genügend documentiert zurückweist, und bittet um Abweisung des Klägers.

Der Vertreter des klägerischen Landes Triest, Dr. Karl Grund, geht bei Beleuchtung des Rechtsprinzips der Frage vom Jahre 1819 aus, wo der Anspruch auf den Ersatz solcher Kosten als rechtskräftig durch eine Allerhöchste Entschlieung festgestellt wurde, indem sich nämlich der Staat als zahlungspflichtig erklärte. Diese Gesetzesnorm, die bis zum Jahre 1851 als Richtschnur diente, erliu sodann insofern eine Modification, als die Bestimmung platzgriff, daß die Ersatzpflicht für diese Kosten vom Staate auf die Länderbudgets übergehen sollte. — Wenn es nun schon ein Postulat der natürlichen Rechtsanschauung sei, daß an die Stelle des früheren staatlichen Schuldners diejenige Körperschaft zu treten habe, auf welche die Obforge für Gebär- und Findlingsanstalten übertragen wurde, so biete auch das positive Recht genügende Berechtigung zu dieser Annahme.

Redner citirt diesbezügliche Ministerialerlässe aus den Jahren 1851, 1852 und 1853 und legt das Schmergewicht namentlich auf ein Cabinetsschreiben vom 14. September 1852, welches den Aufwand für Wohlthätigkeitsanstalten ausschließlich den Landesbudgets zuweist, wie auch auf eine Ministerialverordnung vom 6. Dezember 1853, durch welche dem Lande Krain der Auftrag zur Zahlung der Verpflegungskosten an Triest in streicher Weise erteilt wird. Auch sei dieses Rechtsprinzip in den diesbezüglichen Reichsgesetzen von 1864 und 1868 zum vollen Ausdruck gelangt. Wenngleich ein Ministerialerlaß vom Jahre 1854 den Anspruch Triests als nicht gerechtfertigt zurückgewiesen, so werde dadurch das Rechtsprinzip doch nicht alteriert. Betreffs der von der Gegnerschaft angefochtenen Glaubwürdigkeit der Rechnungen weist Redner auf eine in einem ganz analogen Rechtsstreite erlassene Entscheidung des Reichsgerichtes hin, wonach in amtlicher Eigenschaft ausgestellte Rechnungen den vollen Anspruch auf Beweisraft haben. Dr. Grund gibt schließlich namens des Landes Triest die Erklärung ab, daß er auf den Ersatz der Gerichtskosten verzichte und die Zahlung der beanspruchten Summe auch in Raten, jedoch mit 6procentiger Verzinsung acceptiere.

Der krainische Vertreter Dr. Costa bestreitet entschieden, daß das erwähnte Cabinetsschreiben den Kronländern in ihren wechselseitigen Beziehungen Verpflichtungen auferlege; er behauptet, daß die späteren Ministerialerlässe, namentlich die Verordnung vom 13. August 1854, die Unhaltbarkeit des Rechtsanspruches seitens Triests in eclatanter Weise dargethan haben; daß bis zum Jahre 1864 kein Gesetz existierte, aus welchem die Zahlungsverpflichtung eines Landes an das andere für diese Gebühren deduciert werden könnte. Dr. Costa hebt schließlich die Größe der geforderten Summe hervor, welche das Budget des Landes Krain bedeutend überschreite, und bittet um Abweisung der klägerischen Partei und Verurtheilung derselben in die Prozeßkosten.

Es folgen noch Replik und Duplik. Die Urtheilsverkündung findet Montag den 3. Februar, statt.

— (Die Ersatzwahlen für die krainische Handels- und Gewerbekammer) werden anfangs Februar stattfinden. Die Wahlcommission besteht aus sechs Kammerräthen und einem Mitgliede des laibacher Gemeinderathes. Vorsitzender der Wahlcommission ist der Herr k. k. Hofrath Justiz Rorhar Metternich, Schriftführer der Handelskammer Secretär Marnik. Im ganzen sind statt der austretenden und der verstorbenen Kammerräthe 12 Ersatzwahlen vorzunehmen.

— (Evangelische Gemeinde.) Am 2. Febr. fällt hier der evangelische Gottesdienst aus, da der Pfarrer in der Filialgemeinde Cilli zu fungieren hat.

— (Der hiesigen Feuerwehr) ist auch die Gasfabrikverwaltung mit einem jährlichen Beitrage von 30 fl. beigetreten.

— (Die freiwillige Feuerwehr) hält morgen Vormittag um 10 Uhr im Depositorium eine Dienstversammlung ab. Die Tagesordnung ist eine äußerst reichhaltige.

bungen ersticken, die sich immer wieder aufs neue zu regen begannen.

Die Marquise und Gabriele bemerkten wohl, daß es dem Könige schwer wurde, seine strenge Haltung zu bewahren. Ein neuer Angriff auf sein Herz führte vielleicht zum Siege.

„Sire!“ rief die Marquise, „in der Größe unserer Jammers muß die Entschuldigung für unsere Kühnheit liegen, wenn wir noch nicht aufhören, Ew. Majestät mit Bitten zu bestürmen. Blicken Sie auf meine Tochter, Sire; Gabriele ist die Braut des Grafen, sein Tod wäre auch der ihre. Sire, wollen Ew. Maj. sich zwei so jugendliche, hoffnungsvolle Existenzen vernichten? Henry ist für mich mehr als ein Nisse, er ist das mir von meiner Schwester am Sterbebette anvertraute Kind, er ist mein Sohn, den ich mit der Liebe und Sorgfalt einer treuen Mutter großzog; wollen Ew. Maj. sich diesen Sohn verlieren lassen, im demselben Augenblicke, in welchem mein Gatte im Dienste Ew. Maj. starb von einer feindlichen Kugel getroffen werden kann, während er die Fahnen Ew. Majestät ruhmreich zum Sieg führt?“

„Madame,“ rief der König, sichtlich ergriffen, „moran erinnern Sie mich? — Uebrigens ist es zu spät,“ fügte er hinzu, „der Befehl ist abgegangen. Herr de Villars hat mir soeben gesagt, daß er ihn expedierte.“ Wie von einem Dolchstoße getroffen, suchte Frau de Castries zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

(In Samassa's Glockengießerei) sind aus Japan zwei Glocken als altes Metall angelangt, die wegen ihrer originellen Form und ihres eigenthümlichen Klanges der Besichtigung werth sind.

(J. Franke,) der heimatische, derzeit sich in Venedig aufhaltende Kunstler, begibt sich in nächster Zeit nach Afrika, wird Egypten bereisen und über Frankreich zurückkehren.

(Das dritte Bürgerkränzchen) wird sicherem Vernehmen nach heute sehr zahlreich besucht werden; auf Eines wollen wir die Freunde der Tanzmusik aufmerksam machen, daß heute eingetretener Hindernisse wegen der in Aussicht gestellte große Cotillon nicht stattfinden wird.

(Die Turner-Faschingskneipe), deren wir bereits erwähnt, ist endgiltig auf künftigen Sonntag festgesetzt. Das reichhaltige Programm bietet des Originellen und Unterhaltenden so viel, daß wir den Theilnehmern im voraus einen äußerst heiteren Abend versprechen können.

(Zur Bodnikfeier) findet morgen in der Sitalica eine Abendunterhaltung statt. Programm: 1. Orchester-Ouverture. 2. Prolog. 3. Tenorsolo mit Brummchor. 4. Violonconcert von Veriot, gespielt von Fräulein Steiner. 5. Gesangs-Piece aus der Oper „Hugenotten.“ 6. Zwei Klavierpièces von Mendelssohn und Liszt. 7. Solo und großer Chor von Wajschel. Hiernach Tanzunterhaltung.

(Gemeindevahlen.) Bei der Neuwahl der Gemeindevertretung der Ortsgemeinde Töpliz in Unterthurn wurden als Gemeindevorsteher Josef Menil aus Töpliz Nr. 5 und zu Gemeinderäthen Johann Bertar aus Unterthurn Nr. 35, Josef Kulovic aus Unterthurn Nr. 1, Josef Sternisa aus Töpliz Nr. 12, Franz Strauß aus Töpliz Nr. 36, Johann Robida aus Sela Nr. 9, Johann Persina aus Töpliz Nr. 12, Josef Klinc aus Oberfeld Nr. 8 und Andreas Schöber aus Unterthurn Nr. 7 in der vorstehenden Reihenfolge gewählt.

(Petition.) Die Gemeinden Adelsberg, Groß- und Klein-Ditot, Sagon, Saloch, Altdorf und Grasche haben folgende Petition an den k. k. Landesschulrath überreicht. „Vor Jahren noch und weit zurück gerechnet, war die deutsche Sprache ein obligater Unterrichtsgegenstand an den Volksschulen in Krain. Jetzt ist deutsche Sprache, deutsche Wissenschaft und Kunst im Prinzipie verpönt und nur hin und wieder aus Gnade geduldet. Unsere engere Heimat ist so beschränkt, unsere Muttersprache nur auf unseren kleinen Landestheil verwiesen, daß wir über die Grenzen hinaus ohne eine fremde, einer gebildeten Nation angehörende Sprache mit dieser gar nicht verkehren können. Nach der jetzigen Maxime werden unsere Kinder durch Erhalt des rein slovenischen Unterrichtes der gebildeten Welt entfremdet, sie werden bei den besten Naturanlagen und dem regsten Willen auf der untersten Stufe der Bildung bleiben, — es werden dadurch nur rohe, unwissende Knechte und Tagewerker herangezogen. Mit Stolz, aber leider auch mit tiefer Wehmuth zugleich blicken wir auf unsere Vorfahren zurück, welche in den Volksschulen Krains — darunter in jener von Adelsberg — der Wohlthat der deutschen Sprache, deutschen Unterrichtes theilhaftig geworden, dadurch höherer Beschäftigung und Bildung zugänglich waren, unter denen wir tüchtige und ausgezeichnete Beamte, Künstler, Offiziere, Stabs-offiziere, Gelehrte u. s. w. aufzuweisen haben. Jetzt müssen wir dies durch den unverantwortlichen Parteigeist verschrobene Sonderinteressen verfolgender Fanatiker entbehren; — und so stolz wir uns unserer Vorfahren rühmen können, ebenso beschämend ist es jetzt schon für uns, dormalen nur Proletarier heranwachsen zu sehen. Unsere Lebensexistenz bindet uns neben unserem Vaterlande an die übrigen deutschen Provinzen Oesterreichs und durch dieses an die ganze gebildete Welt, welche uns durch deutsche Sprache, Kunst und Wissenschaft offen steht. Um aber dies zu erringen, muß in unserer Schule zu Adelsberg die deutsche Sprache und deutscher Unterricht mindestens mit zweifellos gleichem Rechte mit der slovenischen Zunge gepflegt — und also der Jugend der Weg zu einer hoffnungsvollen Zukunft geebnet werden.

Dies der tiefempfundene Wunsch im Namen aller unterzeichneten Mitglieder der Gemeinden: Adelsberg, Groß- und Klein-Ditot, Sagon, Saloch, Altdorf und Grasche, und legen wir dieses unser Anliegen zum Zwecke des allgemeinen Besten mit der ergebensten Bitte vor: Der hohe k. k. Landesschulrath geruhe in Anerkennung unseres ebenso billigen wie gerechten Wunsches schleunig und mit aller Energie dahin zu wirken, daß an der Volksschule zu Adelsberg auch die deutsche Sprache und deutscher Unterricht zum mindesten zu gleichem Rechte mit dem Slovenischen vorgetragen und gelehrt und eine tüchtige Nachkommenschaft herangebildet werde, daß die heranreifende wie die nachfolgende Jugend nicht in Unwissenheit und Rohheit verfinke und dann als rohe Knechte und Proletarier zur Landplage werde, und daß endlich dem im höchsten Grade verderblichen Treiben der Fanatiker mit aller Kraft das Handwerk gelegt werde.“

(Sterbefälle im Jahre 1872) sind in Laibach 811 vorgekommen und zwar 412 Personen männlichen, 399 weiblichen Geschlechtes, im Vergleich zum Jahre 1871 mit 922 Töden, um 111 Personen weniger. Die meisten Sterbefälle zählt der Monat Juli, 87, die wenigsten der Dezember, 46. Auf Verunglückungen entfielen 12, auf Selbstmorde 4. Nach dem Alter starben unter 1 Jahr 146, von 1—7 Jahren 89, von 7—20 Jahren 54, von 20—40 Jahren 174, von 40—60 Jahren 151, von 60—80 Jahren 148, von 80—100 Jahren 28. Rothgetaufte 6, Todtgeborene 14, Todtgefunden 1.

(Für Beamtenkreise.) Die Anträge des Subcomit's über die Regierungsvorlage, betreffend die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten, sind den Mitgliedern des Finanzausschusses bereits zugekommen. Die Vorlage besteht aus dem amendierten Entwurf des Hauptgesetzes und aus einem Gesetzentwurf über die Bildung eines Pensionsfonds, dann aus einem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Bezüge des Personals bei Staatslehranstalten und aus einer Resolution bezüglich der Fortbelassung der Eheuerungszulage für die Staatsdienerschaft. Das Subcomit trat den Grundsätzen der Regierungsvorlage bei, bezieht sich jedoch noch Anträge bezüglich des von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltsschemas vor. Die vom Comite beantragten Abweichungen bestehen darin, daß die Activitätszulagen nur nach vier (nicht fünf) Klassen bemessen werden, daß die Bestimmung einer zehnjährigen (beziehungsweise zwanzigjährigen) Dienstzeit zur Erlangung der nächsthöheren Gehaltsstufe entfällt und die Einstellung einer Activitätszulage nur nach dem vollendeten vierzigsten Dienstjahre erfolgt. Das Comite beantragt, das Gesetz am 1. October in Wirksamkeit treten zu lassen. Die Eintheilung der verschiedenen Beamtenkategorien in die einzelnen Rangklassen soll den Comiteanträgen gemäß durch das Gesetz selbst vorgesehen werden. Den Professoren der Hochschulen und Mittelschulen werden — letzteren unter Aufrechterhaltung der Quinquennalzulagen — die Activitätszulage ihrer Rangklasse zugesprochen.

(Theaterbericht vom 31. Jänner.) Friedrich Kaisers historisches Zeitgemälde „Der letzte Hanswurst“ vermochte weder die Räume des Theaters zu füllen, noch das schwach besuchte Haus zu animieren. Die Herren Aufim (Schuh) und Hofbauer (Benker) spielten wohl vortrefflich, Herr Zwernz (Pfeifer) und Frau Rose (Neuberin) gaben dem bekannten Stoffe durch markige Darstellung ihrer Partie wohl komischen Anstrich, aber dem Ganzen fehlte der Nimbus der Neuzeit. Die Moral, die Tendenz des Stückes, die dahin lautet, daß das lustige, heitere, komische Element von der Bühne nicht entfernt, sondern in decenter Form sofort gepflegt werden müsse, stand nicht nur im Jahre 1773, sondern steht auch jetzt, nach hundert Jahren, auf der Tagesordnung. Will die Direction Kogly volle Häuser haben, so muß sie lustige, heitere Bühnenprodukte, feine Lustspiele der neuesten Zeit, sie muß in erster Linie die heuer so tiefmüthlich behandelte Operette in Szene führen.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) **Pe st, 31. Jänner.** Das Unterhaus lehnt den Antrag der äußersten Linken auf Ablehnung des Budgets ab und nahm mit 318 gegen 32 Stimmen den Finanzausschuss-Bericht als Grundlage zur Specialdebatte an.

London, 31. Jänner. Der in Cadix eingetroffene Dampfer „Murillo“ ist mit Bestimmtheit als derjenige Dampfer erkannt worden, welcher das Auswandererschiff „Northfleet“ leghin im Kanale in den Grund bohrte.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 31. Jänner.

Papier-Rente 67.25. — Silber-Rente 71.80. — 1868 Staats-Anlehen —. — Bank-Actien 961. — Credit-Actien 332.50. — London 108.96. — Silber 107.50. — R. t. W. Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.66 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliche

Von der Bank „Slovenija“. Die Section der Feuer-Abtheilung erfreuen sich eines recht lebhaften Aufschwunges. Aus dem Tagesausweise vom 31. v. m. entnehmen wir folgende Daten: Zahl der ausgesetzten Polizzen 2805. Versicherungen: directe 5,372.859 fl., cedirte 4,247.869 fl., zusammen 9,620.728 fl. — Einnahmen: bare 40.698 fl. 81 kr., in Wechseln 59.710.96 kr., zusammen 100.409 fl. 77 kr. — Davon ab Abzug von Versicherungen 22.832 fl. 20 kr., Storni 3250 fl. 58 kr., blieb reine Prämie 74.326 fl. 99 kr. Die Höhe der Biffern constatirt die frequente Section dieses Instituts in der Feuerversicherungs-Section.

Verstorbene.

Den 24. Jänner. Alois Perenik, Realitätenbesitzer, Planina, 34 J., Krakaufort Nr. 72, Tuberculose. Den 25. Jänner. Leopold Klopfer, Handlungscommissar, 21 J., Bolanavorstadt Nr. 20, Lungentuberculose. — Dem Joh. Kober, Graßler und Hausbesitzer, sein Kind Johann, 2 J., Stabt Nr. 50, Zehrfieber. Den 26. Jänner. Lorenz Korencan, Arbeiter, 30 J., Civilspital, Lungentuberculose. Den 27. Jänner. Dem Mathias Wolf, Gastgeber, Stieftochter Franziska Potocnik, 12 J., Bahnhofsgasse Nr. 1, Gehirnblutung. Den 28. Jänner. Jakob Trieselnig, Bierbrauer, 45 J., Civilspital, Tuberculose. — Martin Berhovec, 62 J., Civilspital, Abzehrung. Den 29. Jänner. Dem Andreas Rad, Conductor, Kind Maria, alt 2 J., 2 Monate und 18 Tage, St. Peterborstadt Nr. 35, Zehrfieber. Den 30. Jänner. Elisabetha Brimzel, 82 J., St. Peterborstadt Nr. 3, Wassersucht. — Michael Schumacher, 56 J., Civilspital, Abzehrung. — Stefan Schupf, Bahnportier, 63 J., Civilspital, Gehirnverweichung.

Angekommene Fremde.

Am 30. Jänner.

Hotel Elephant. Gribar, Prag. — Berger, Olmitz. — Burger, Reisender, Gili. — Kogaj, Kfm., Breslowitz. — Ten und Bauer, Maltersdorf. — Merlo, Gbr., Peter Karlsbad. — Hofschewar, Graz. — Kechar, Kfm., Wien. **Hotel Stadt Wien.** Haslinger, Wolf und Neumann, Kiste.; Holzhausen, Kuhn, Seiz und Brandeis, Privat. — Schwara, k. k. Hauptmann, Larvis. — Schäffer, Maribor. — Jurkovic, Förster, Grabin. **Bairischer Hof.** Lorenzutti und Supancic, Fabrikanten, Graz. — Marcolini, Agram.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Nachricht des Himmels
31. J.	6 U. Mg.	734.21	+ 0.4	W. schwach	trübe
	2 „ N.	732.97	+ 2.5	W. schwach	Regen
	10 „ Ab.	733.47	+ 0.2	D. schwach	Schnee
Trübe, mittags dünner Regen, abends Schneeflocken.					
Tagesmittel der Wärme + 1.0°, um 2.1° über dem Normal.					

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht. Wien, 30. Jänner. Die gestrige Stimmung war auch heute vorherrschend, milde Speculation, feste Preise für Schrankwerthe bilden das Charakteristische der Börse, in welcher eine hervortretende Veränderung nur hinsichtlich der Dampfschiffactie eintrat. Diese stieg bis 650 und nach einem Rückgange bis 645 erreichte sie am heutigen Tage zu zweiten male.

A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl.		Geld	Ware
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:			
in Noten verzinst. Mai-November	67.30	67.40	
„ „ Februar-August	67.30	67.40	
„ Silber „ Jänner-Juli	71.70	71.85	
„ April-October	71.70	71.85	
Anlehen v. 1839	307.50	308.50	
„ 1854 (4 pCt.) zu 250 fl.	94.—	95.50	
„ 1860 zu 500 fl.	103.25	103.50	
„ 1860 zu 100 fl.	123.—	124.—	
„ 1864 zu 100 fl.	146.50	147.—	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. W. in Silber	114.75	115.—	
B. Grundentlastungs-Obligationen für 100 fl.		Geld	Ware
Böhmen „ zu 5 pCt.	94.—	95.—	
Galizien „ „ 5 „	76.75	77.50	
Niederösterreich „ „ 5 „	94.25	94.75	
Oberösterreich „ „ 5 „	89.50	90.—	
Siebenbürgen „ „ 5 „	77.—	77.50	
Steiermark „ „ 5 „	90.—	91.—	
Ungarn „ „ 5 „	79.—	79.50	
C. Andere öffentliche Anlehen.		Geld	Ware
Donau-Regulierungs-Rose zu 5 pCt.	96.50	97.—	
Ung. Eisenbahnanlehen zu 120 fl. d. W. Silber zu 5 pCt. pr. Stück	98.60	98.90	
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl. d. W. pr. Stück	101.75	102.25	

Wiener Communalanlehen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld	Ware
D. Actien von Bankinstituten.			
Anglo-östr. Bank		298.—	298.50
Bankverein		370.—	372.—
Bodencreditanstalt		279.—	281.—
Creditanstalt für Handel u. Gew.		331.50	332.—
Creditanstalt, allg. ungar.		180.—	181.—
Depositenbank		129.50	130.50
Ecomptegesellschaft, n. ö.		1160.—	1165.—
Franco-östr. Bank		128.50	129.—
Handelsbank		301.—	301.50
Nationalbank		962.—	964.—
Unionbank		250.50	251.—
Vereinsbank ex Bez. R.		203.—	203.50
Verkehrsbank		229.—	231.—
E. Actien von Transport-Unternehmungen.		Geld	Ware
Alföld-Gymaner-Bahn	171.25	171.75	
Böhm. Westbahn	238.—	239.—	
Karl-Ludwig-Bahn	227.—	227.50	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	645.—	647.—	
Elisabeth-Westbahn (Einj. = Sudweiser Strecke)	250.—	250.50	
Ferdinand-Nordbahn	2175.—	2185.—	
Günstirchen-Barcar-Bahn	—	—	

Franz-Joseph-Bahn		Geld	Ware
F. Pfandbriefe (für 100 fl.)			
Allgem. östr. Bodencreditanstalt verlosbar zu 5%, in Silber		100.—	100.50
dto. in 33 J. rückz. zu 5%, in d. W.		88.—	88.25
Nationalbank zu 5%, d. W.		90.80	91.—
Ung. Bodencreditanstalt zu 5 1/2%		86.—	86.25
F. Prioritätsobligationen.		Geld	Ware
Elis.-Westb. in S. verz. (l. Em.)	90.—	91.25	
Ferd.-Nordbahn in Silber verz.	101.75	102.—	
Kra.-Jof.-Bahn	90.90	91.10	
G. R. Ludw.-B. i. S. verz. l. Em.	101.50	102.—	
Deferr. Nordwestbahn	98.30	98.50	

Siebenb. Bahn in Silber verz.		Geld	Ware
Staats-G. 3%, d. 500 fr. „ l. Em.		128.50	129.—
Sudb.-G. 3%, d. 500 fr. pr. Stück		108.50	109.—
Sudb.-G. d. 200 fl. zu 5% für 100 fl.		93.15	93.—
Sudb.-Bons 6% (1870—74) d. 500 fr. pr. Stück		75.90	76.—
Ung. Ostbahn für 100 fl.		75.90	76.—
H. Privatlose (per Stück)		Geld	Ware
Creditanstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. W.		184.—	185.—
Rudolf-Stiftung zu 10 fl.		15.—	15.—
I. Wechsel (3 Monate)		Geld	Ware
Augsburg, für 100 fl. südd. W.	91.75	91.90	
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. W.	80.—	80.—	
Hamburg, für 100 Mark Banco	108.90	109.—	
London, für 10 Pfund Sterling	42.60	42.60	
Paris, für 100 Francs	—	—	
K. Kurs der Geldsorten.		Geld	Ware
R. Münzducaten	5 fl. 13 kr.	5 fl. 13 kr.	
Napoleonsd'or	8 „ 67 „	8 „ 67 „	
Preuß. Kassenscheine	1 „ 62 1/2 „	1 „ 62 1/2 „	
Silber	107 „ 25 „	107 „ 25 „	
L. Krainische Grundentlastungs-Obligationen		Geld	Ware
Privatnotierung: 85.75 Geld, 86.— Ware			